

Wirtschaftsressort um Klarheit zu Straßen bemüht

CDU und FDP streiten über den Einsatz von EU-Fördergeldern. Im Raum steht der mögliche Verlust einer großen Summe.

DRESDEN – Die Unstimmigkeiten in der schwarz-gelben Koalition über Bauvorhaben an den Staatsstraßen in Sachsen sind nicht ausgeräumt. Es geht dabei um die Nutzung von EU-Fördermitteln aus dem gut gefüllten Topf des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Daraus bestreitet der Freistaat ein Programm mit etwa 150 Maßnahmen. Die Fördermittel stehen nur noch bis Ende 2015 zur Verfügung.

Mitte der Woche hatte die verkehrspolitische Sprecherin der

CDU-Landtagsfraktion, Ines Springer, von möglichen Fördergeldverlusten in dreistelliger Millionenhöhe gesprochen. Diese Ansicht hat die Glauchauerin gestern bekräftigt. Sie befürchtet, dass Gelder nicht mehr rechtzeitig abfließen. Das Wirtschaftsressort, das über den Koalitionspartner verärgert ist, ist bemüht, die Zweifel auszuräumen.

Hohe Förderquote mit 75 Prozent

Für das EFRE-Bauprogramm für Staatsstraßen in Höhe von 618 Millionen Euro, wovon 75 Prozent EU-Mittel sind, „liegen planmäßige und unkritische Projekte mit einem Finanzvolumen von rund 635 Millionen Euro vor“, hieß es von dort. Damit bestehe sogar ein „Puffer“ von 17 Millionen Euro, mit dem der Mittelabfluss zu gewährleisten sei. Für alle Projekte gebe es die EU-Gelder

tatsächlich nur bis Ende 2015. Alles, was bis zu diesem Zeitpunkt nicht ausgegeben ist, geht Sachsen verloren. Sollten Bauvorhaben länger dauern, was CDU-Abgeordnete befürchten, müssten die EU-Fördermittel durch Mittel aus dem sächsischen Haushalt ersetzt werden.

Das treibt den an sich zurückhaltende Chef des Fraktionsarbeitskreises Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Frank Heidan, um. Es gebe zwar Listen des für Straßenbau zuständigen Wirtschaftsministeriums, so der Plauener Bauingenieur, wonach die Gelder für die Projekte abfließen könnten. „Aber viele Planungen sind zu knapp gefasst und total auf Kante genäht“, sagte er.

Deshalb hat die CDU-Fraktion ihre Mitglieder zu einer Kontrollaktion aufgefordert, um den Stand der Straßenbauten im eigenen Wahl-

kreis zu erfassen. Ein erster Bericht soll im Oktober vorliegen. Heidan kündigte an, diese eher ungewöhnliche Art, dem Koalitionspartner auf die Finger zu schauen, zunächst bis ins Frühjahr fortzuführen.

Ihn stört, dass ein großes Vorhaben wie die Ortsumgehung von Kirchberg bei Zwickau mit einem Investitionsvolumen von 38 Millionen Euro erst in diesem Herbst startet. Derartige Projekte bildeten „neutralistische Punkte“. In der Fraktion werden zwei Vorhaben an der Staatsstraße 289 bei Neukirchen und bei Werdau für insgesamt 55 Millionen Euro genannt.

Fehler in der Liste korrigiert

Das Wirtschaftsressort korrigierte eine Beispielliste von fraglichen Vorhaben aus der Mittwochausgabe der „Freien Presse“. Die Fehler ent-

standen vor allem deshalb, weil die Zuordnung der EFRE-Förderung für einzelne Teilbauabschnitte unklar war. So wurde bei der Ortsdurchfahrt von Mittweida ein kleiner, mit EU-Geldern kofinanzierter Abschnitt – anders als berichtet – inzwischen abgeschlossen. Arbeiten an der Staatsstraße 236 in Leubsdorf und Schellenberg seien in Bau und nicht von fehlendem Baurecht betroffen. Baurecht bestehe auch für die Umgehung von Posseck sowie für die S 236 in Eppendorf, wo bald Baustart ist. Die EFRE-Maßnahme der Ortsdurchfahrt Hartmannsdorf sei abgeschlossen. Ein Rechtsstreit zur Umgehung von Kirchberg ist, wie berichtet, offen, habe aber keine aufschiebende Wirkung. Rechtsstreite behindern weiter die Ortsumgehung Pockau und die Verlegung der S 288 bei Glauchau. (uk)